

Beschluss: (im Planungsausschuss gegen die Stimmen der CSU-Fraktion;
im Kreisverwaltungsausschuss gegen die Stimmen der CSU-Fraktion
und von StR Hanna)

1. - 2.1 Wie Antrag der Referentin und des Referenten
- 2.2 (neu) Mit der Erhebung einer Parkgebühr von 2,-/h (ab 01.01.2002 1,- Euro)
in den Versuchsgebieten besteht Einverständnis. Probesthalber wird in
dem Gebiet westlich der Leopoldstraße eine Parkgebühr von 1,-/h bzw.
6,-/Tag erhoben. Die Verordnung über Parkgebühren in Bereichen mit
Parkuhren und Parkscheinautomaten in der Landeshauptstadt Mün-
chen (Parkgebührenverordnung) wird insoweit angepasst. Die neu ge-
fasste Parkgebührenverordnung (Anlage 7) ist Teil des Beschlusses.
Modellhaft erhalten während der 2-jährigen Erprobungsphase Zweit-
wohnungsbesitzer/Innen in Schwabing West in begründeten Ausnah-
mefällen eine Zulassung; hierzu sind entsprechende Richtlinien zu erar-
beiten und dem Stadtrat vorzulegen. Über die Ergebnisse dieses Mo-
dellversuches wird gesondert berichtet. (Änderungsantrag der SPD-
Fraktion)
- 2.3 - 2.4 Wie Antrag der Referentin und des Referenten.
- 2.5 (neu) Die Verwaltung prüft, ob durch eine farblich unterschiedliche Gestaltung
der Hinweisschilder ein direktes Erkennen der Nutzung möglich ist. (Er-
gänzungsantrag der F.D.P.)
- 2.6 (neu) Ehe weitere Projekte geplant werden, müssen die Erfahrungsberichte
aus den vorliegenden Projekten im Stadtrat bekannt und diskutiert sein.
(Ergänzungsantrag der F.D.P.)
- 2.7 (neu) Etwaige Überschüsse werden für die Verbesserung des MVV verwen-
det. (Ergänzungsantrag der F.D.P.)

3. - 4. Wie Antrag der Referentin und des Referenten.
5. (neu) Die Verwaltung bleibt beauftragt, gemeinsam mit den Bezirksausschüssen Parkraummanagement-Konzepte für die Stadtbezirke Au-Haidhausen und die nicht von MOBINET betroffenen Stadtteile von Altstadt-Lehel zu entwickeln. Auf der Grundlage des vorliegenden Gesetzentwurfes zur Bewohnerparkbevorrechtigung ist für den Stadtrat umgehend eine Beschlussvorlage vorzubereiten und den Bezirksausschuss in die Vorbereitung einzubeziehen. (Änderungsantrag der SPD-Fraktion)
6. Wie Antrag der Referentin und des Referenten.
7. (neu) Das Kreisverwaltungsreferat wird gebeten, Car-Sharing-Organisationen bei der Vergabe der Parklizenzen besonders zu berücksichtigen, sobald die Rechtslage mit dem Innenministerium geklärt ist. (Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/RL)
8. (neu) Wie Ziff. 7 (alt) des Antrags der Referentin und des Referenten.
9. (neu) Wie Ziff. 8 (alt) des Antrags der Referentin und des Referenten.

Die endgültige Beschlussfassung über den Beratungsgegenstand obliegt der Vollversammlung des Stadtrates.